

Offener Brief

Taliban in Deutschland: Einreisen verhindern, Verfolgte schützen!

Berlin, 21. November 2023

Seit dem 15. August 2021 herrscht die politisch-extremistische, religiös-fundamentalistische und ethno-nationalistische Taliban-Miliz gewalttätig in Afghanistan.

Das Land war gestern durch Taliban im permanenten Krieg. Das Ausmaß der Zerstörung des Landes war die gestrige Leistung von Taliban. Das Land ist heute wegen Taliban im permanenten Krieg gegen Menschen. Das unerträgliche Ausmaß reiner Gewalt, gezielter ethnischer Diskriminierung, Landnahme, und Zerstörung grundlegender Strukturen ist die heutige Leistung der Taliban.

Die politisch-extremistische Taliban-Miliz begeht auch heute nachweisbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Tausende Menschen sind in Gefängnissen eingesperrt und der rohen Folter und Tyrannei ausgesetzt.

Die religiös-fundamentalistische Taliban-Miliz geht auch heute gegen die ureigensten Rechte von Menschen auf dem Gebiet der freien Rede, freien Presse, freien politischen Tätigkeit vor.

Die ethno-nationalistische Taliban-Miliz richtet auch heute ihre gewalttätigen Aktivitäten gegen alle Menschen. Die blutige Gewalt ist ein genozider Akt gegen Menschen in verschiedenen Regionen des Landes, vor allem gegen Hazara, Usbeken und Tadschiken in zentralen Regionen sowie im Westen, Norden und Nordosten.

Verband afghanischer Organisationen

in Deutschland e.V. (VAFO)

Mareschstraße 3 | 12055 Berlin

vafo.ngo

Kontakt

Annika Mainka

annika.mainka@vafo.ngo

Offener Brief

Aktuelle Berichte der globalen internationalen Institutionen, wie UN, Amnesty International, Human Rights Watch, Terre des Hommes, Internationale Liga für Menschenrechte belegen dies. Die Miliz verstößt mit ihren Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen alle Kriterien des Rechts. Die Miliz ist der Inbegriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Die unbändige Gewalt der Taliban-Miliz gegen Menschen im Land führt zu einer Welle der Gewalt bedingten Flucht und Gewalt bedingten Migration nach Pakistan, Iran, Zentralasien, Türkei und zunehmend in den Westen. Die Flucht geschieht unter unwürdigsten Bedingungen, die man sich vorstellen kann.

Angesichts der beschriebenen und nachweisbaren Tatsachen der Gewalt, die durch die Taliban-Miliz ausgeübt wird, muss die Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich eine klare und eindeutige politische und juristische Haltung haben:

Strikte Ablehnung der rohen Gewalt gegen Menschen im Land und maximale Unterstützung für die Geflüchteten vor der Tyrannei und dem Terror von Taliban.

Ein relevanter Beitrag in diesem Zusammenhang ist die eindeutige juristisch-legitime Sanktion der Möglichkeit des Einreisens für jegliche Individuen des Taliban-Regimes in die EU.

In den letzten Tagen erschütterte uns die Berichterstattung, dass ein Vertreter eben dieses grauenvollen Regimes die Bundesrepublik Deutschlands betreten konnte. In einer Ditiib-Moschee in Chorweiler durfte der Leiter der Lebensmittel- und Arzneibehörde in Afghanistan, Abdul Bari Omar, sprechen. Dass ein Vertreter der

**Verband afghanischer Organisationen
in Deutschland e.V. (VAFO)**
Mareschstraße 3 | 12055 Berlin

vafo.ngo

Kontakt

Annika Mainka
annika.mainka@vafo.ngo

Offener Brief

Gräueltaten frei auf deutschem Boden sprechen konnte und für die Gräueltaten seines Regimes sprach. Uns erschütterte, dass die Evangelische Akademie in Schwerte einen Taliban-Vertreter für eine Konferenz im Dezember eingeladen hatte. Uns erschütterte, dass Extremisten nach Deutschland eingeladen werden.

Es ist wichtig, dass transparent dargelegt wird, wie Taliban-Vertreter nach Deutschland einreisen konnten und können.

Unzählige Menschen flohen vor eben diesen Menschen. Unzählige Menschen sind noch auf der Flucht, unzählige Menschen leben unter Angst und Schrecken in Afghanistan.

Zahlreiche Menschen aus Afghanistan haben in Deutschland Schutz gesucht und gefunden. Verfolgte wurden zu Angekommenen. Vor diesen Menschen müssen sich Veranstalter verantworten, die Taliban-Vertreter nach Deutschland einladen.

Die Bundesrepublik muss verhindern, dass Angekommene auf deutschem Boden wieder zu Verfolgten werden. Die Bundesregierung muss verhindern, dass Verfolger in Deutschland einreisen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die politische Kompetenz und juristische Legitimität, die Einreise von Vertretern des Taliban-Regimes zu verhindern. Ohne juristische Ausnahme und ohne politische Kompromisse.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ebenfalls die moralische Kompetenz und die ethische Deutungshoheit, gegen rohe Gewalt der Taliban Stellung zu beziehen.

Verband afghanischer Organisationen
in Deutschland e.V. (VAFO)
Mareschstraße 3 | 12055 Berlin

vafo.ngo

Kontakt

Annika Mainka
annika.mainka@vafo.ngo

Offener Brief

Wir fordern die Regierung Bundesrepublik Deutschland, sich auf keinen „pragmatischen“ Kompromiss mit der politisch-extremistischen, religiös-fundamentalistischen und ethno-nationalistischen Taliban-Miliz einzulassen und keinem Vertreter des Regimes die Einreise zu erlauben.

Statt Vertreter des Regimes in Deutschland zu empfangen, müssen Taliban Machthaber in Europa strafrechtlich verfolgt werden.